

Interview

„Es gibt keinen deutschen Sonderweg“

Fischer im SZ-Interview: Über die Nuklearstrategie der NATO muß man aber diskutieren können

SZ: Sie haben in der Frage der NATO-Nuklearstrategie einen Streit mit Washington wie auch dem eigenen Verteidigungsminister losgetreten. Warum?

Fischer: Ich habe keinen Streit losgetreten. Wir haben eine Koalitionsvereinbarung, die langfristig weitere nukleare Abrüstung anstrebt. Wir wollen das im Bündnis klären, damit wir hier nicht auf einen deutschen Sonderweg geraten. Das Abstimmungsverhalten zu dieser Frage in den Vereinten Nationen war übrigens zwischen den Ressorts abgestimmt.

SZ: Trotzdem sagt der Verteidigungsminister: Es wird sich nichts ändern. Fischer: Ich habe mit dem Verteidigungsminister geredet, und ich bleibe bei meiner Haltung. Ich rede mit den Kollegen, nicht über sie. Wir werden eine gemeinsame Linie festlegen, wie unsere Anliegen in die Bündnisberatungen eingeführt werden können.

SZ: Inzwischen sind nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Franzosen verärgert. Ihr Kollege Védrine sagt: Wer auf den Erstschlag verzichtet, gibt die Abschreckung auf. Sind die Deutschen jetzt doch wieder da, wo Sie überhaupt nicht sein wollen: auf dem Sonderweg?

Fischer: Nein, ich bitte Sie, das ist doch Unsinn. Wenn das ein Sonderweg wäre, wäre ich energisch dagegen. Auch wenn man hier unterstellen könnte, es würde objektiv dahin führen, wäre ich sofort dagegen. Die traditionelle Abschreckung, die politische Wirkung von Nuklearaffen, tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Dafür tritt die Frage der Proliferation in den Vordergrund. Dieses Problem fordert verstärkt weitere Abrüstungsschritte, aber auch verändertes Verhalten seitens der Atommächte, damit der Anreiz bei den Schwelgern von Nuklear reduziert wird, sich Massenvernichtungswaffen zu verschaffen.

SZ: Das heißt also, daß Saddam Atomwaffen will, weil wir eine Erstschlagsdoktrin haben?

Fischer: Nein. Aber das irakische Nuklearpotential ist weitgehend erfaßt und zerstört worden. Das gilt nicht für chemische und biologische Waffen. Für mich

Ich habe keinen Streit mit Amerika und Minister Scharping losgetreten

haben weitere Abrüstungsschritte und die Verhinderung der Proliferation große Priorität. Deshalb stehen wir auch ohne Wenn und Aber hinter den UN-Resolutionen zum Irak und deren Umsetzung.

SZ: Sind sie bereit, sich mit Frankreich, England und Amerika anzulegen?

Fischer: Wir waren noch nicht in der Regierung, da stellte sich beim Kosovo die Bündnisfrage zum ersten Mal. Kaum waren wir in der Regierung, da stellte sie sich gegenüber dem Irak zum zweiten Mal. Jedes Mal haben wir sie ohne Wenn und Aber mit Ja beantwortet, und das wird auch in Zukunft so sein. Etwas völlig anderes ist es, daß man als nicht-atomarer Staat bisweilen andere Auffassungen hat als die Atommächte und das auch diskutieren will.

SZ: Gilt hier das bayerische Prinzip: Man redt ja nur, man sagt ja nie?

Fischer: Nein, ich bin mir sicher, daß es auch bei den Atommächten eine Fortentwicklung der Positionen geben wird.

SZ: War Ihre Initiative auch dazu gedacht, den Grünen anhand eines Lehrspiels zu zeigen, daß der Spielraum deutscher Politik endet?

Fischer: Nein, ich mußte allerdings feststellen, daß plötzlich Fragen wie „Sonderweg“ und „Bündnisfrage“ sehr hoch gehängt wurden. Aber ich habe gerade fünf Stunden lang mit dem französischen Kollegen Védrine...

SZ: ... welche Sprache sprechen Sie da eigentlich?

Fischer: Deutsch und französisch. Ich habe leider in der Schule den Fehler gemacht, Latein zu lernen, nicht Französisch. Natürlich hat die Nuklearfrage, sowohl die militärische als auch die zivile, eine Rolle gespielt, aber die längste Zeit haben wir über Europa gesprochen.

SZ: Wird die nächste Kontroverse darin bestehen, daß Bonn NATO-Aktionen nur mit Segen der UN-Sicherheitsrates akzeptieren wird?

Fischer: Unsere Haltung finden Sie in der Koalitionsvereinbarung...

SZ: ... wo steht, daß die neue Regierung sich dafür einsetzen wird, „das Gewaltmonopol der UN zu beibehalten“, also kein Selbstmandatierung für die NATO.

Fischer: Sie diskutieren hier mit jemandem, der bei der Kosovo-Entscheidung dabei war und innerhalb von ganz wenigen Minuten diese Entscheidung mitgetroffen.

SZ: ... also Gewaltensatz ohne Segen des Sicherheitsrates ...

Fischer: ... hat, weil es in dieser Situation nicht anders ging, da es galt, eine humanitäre Katastrophe und Bedrohungen des Friedens in der Welt zu beenden. Aber wir haben auch auf der Grundlage der Sicherheitsratsbeschlüsse entschieden, die schon vorhanden waren, obwohl es keinen direkten Ermächtigungsbescheid durch den Sicherheitsrat gab. Denn wir konnten die Verantwortung dafür übernehmen, die Verantwortung aus dem Druck zu entlassen. Wer in einem konkreten Fall so – und mit allen Konsequenzen entschieden hat...

SZ: ... jetzt kommt das Aber ...

Fischer: ... und dann aus diesem Einzelfall eine Strategie macht, der hat Frei-

lich ein Problem. Dann droht nämlich der UN-Sicherheitsrat ausgehebelt zu werden. Hier werden wir noch Diskussionen brauchen, weil ich mit nicht vorstellbar, daß es im Interesse der NATO ist, eine solche grundsätzliche Erschütterung der Position des Sicherheitsrates zuzulassen.

SZ: Umgekehrt aber darf sich auch die NATO nicht vom Sicherheitsrat aushebeln lassen.

Fischer: Was für ein geregeltes Miteinander beider Instrumente spricht. Ich laufe vor der Realität nicht davon. Taucht eine humanitäre Katastrophe auf, eine sehr schwere Bedrohung für den Frieden, werden praktisch denkende Menschen nicht sagen können, wir legen

Fischer: Es ist für Europa alternativlos. Die Franzosen sind keine Anti-Amerikaner. Sie kommen wie noch Diskussionen aus demselben Stamm der Aufklärung, mit demselben Sendungsbewußtsein und Wertesystem. Trotz aller Gegensätze hat Frankreich in entscheidenden Situationen immer an der Seite Amerikas gestanden – und umgekehrt.

SZ: Und die Deutschen. Uns fehlt dieses Selbstverständnis?

Fischer: Ja. Das ist das eigentliche Defizit in unserer Nationalgeschichte. Wir haben nicht diesen revolutionären demokratischen Universalismus der Franzosen und Amerikaner. Das ist die Tragödie der gescheiterten 48er Revolution. Das war der Unterschied zwischen Napo-

SZ: Konkret, wie gehen wir mit solchen Staaten um?

Fischer: Ich wäre vehement dagegen, daß wir uns vorschreiben ließen, wen wir empfangen dürfen oder nicht. Wir müssen auch klarmachen, daß Dissidenten und Demokraten, die verfolgt werden, in diesem Land willkommen sind.

SZ: Dann verzichten wir auf lukrative Exportaufträge?

Fischer: Wir werden das jeweils im Einzelfall zu entscheiden haben. Diese Regierung wird es sich garantiert nicht einfach machen. Ich kritisiere nicht die Vorgänger-Regierung, was die stille Diplomatie betrifft, die ihren Platz hat. Aber bestimmte Eierstände waren nicht notwendig. Ich meine das nicht nur bezogen etwa auf China, zu dem ich mir sehr gute Beziehungen wünsche – auch wenn dessen Umgang mit einem deutschen Journalisten eine Belastung für unser Verhältnis gleich zu Beginn war.

SZ: Ein Problem vor der Haustür – die Türkei. Warum wollen wir Ocalan nicht?

Fischer: Wir haben das Auslieferungsbegehren zurückgestellt. Es gibt für die

Bestimmte Eierstände der Vorgängerregierung gegenüber China waren nicht notwendig

Bundesregierung nur das Abwägen zwischen schlechten Lösungen, nicht zwischen guten und schlechten Lösungen.

SZ: Was hatten Sie abzuwägen?

Fischer: Da ist die Unabhängigkeit der Justiz, der Strafverfolgungsanspruch, aber auch der Rechtsfriede, den wir in diesem Land erhalten müssen. Der Gesetzgeber hat im Auslieferungsgesetz bewußt nicht die Legalitätsklausel hingeschrieben, sondern die sogenannte Opportunitäts-, also die politische Ermessensklausel. Das ist genau für einen solchen Fall wie Ocalan gedacht.

SZ: Ankara ist verärgert. Ist die „europäische Option“ der Türkei noch real?

Fischer: Ich finde, die Türkei macht in ihrem eigenen Interesse zentrale Fehler. Sie internationalisiert den inneren Konflikt mit ihrer kurdischen Minderheit. Sie eskaliert ihn auch im Inneren. Sie heroisiert damit Herrn Ocalan und schafft einen gewaltigen Solidarierungsdruck – das Gegenteil von dem, was sie sich wünschen kann.

SZ: Ist die Türkei Europa-kompatibel?

Fischer: Als jemand, der an die europäische Zukunft der Türkei glaubt, habe ich Anlaß zu besonderer Sorge. Die Türkei beschädigt ihr Verhältnis zur Europäischen Union. Die Rhetorik der ewigen Feindschaft gegenüber Italien, der Boykott von italienischen Produkten – das verträgt sich nicht mit einer europäischen Perspektive. Das muß jedermann wissen, der in Ankara Verantwortung trägt. Insofern hoffe ich, daß bei allen Beteiligten Vernunft einkehrt, so daß am Ende nicht das Gegenteil von dem erreicht wird, was man eigentlich angestrebt hat. Ich finde diese Entwicklung sehr bedauernd.

SZ: Zu Europa selbst. Kann Deutschland mit den genannten historischen Defiziten eine Führungsrolle bei der Osterweiterung der EU spielen?

Fischer: Wir sind bisher gut gefahren, alles gemeinsam mit unseren Partnern zu machen. Jeder kennt unser Gewicht und unsere Bedeutung. Wir sind Anwalt der Mittel- und Osteuropäer in der EU, was deren Erweiterung betrifft. Das Durchqueren des früheren Eisernen Vorhangs mit den ersten Beitritten wird eine historische Zäsur sein. Die Süderweiterung zuvor war und ist ein großer Erfolg.

Jeder kennt Deutschlands Gewicht, aber wir wollen doch Europa nicht germanisieren

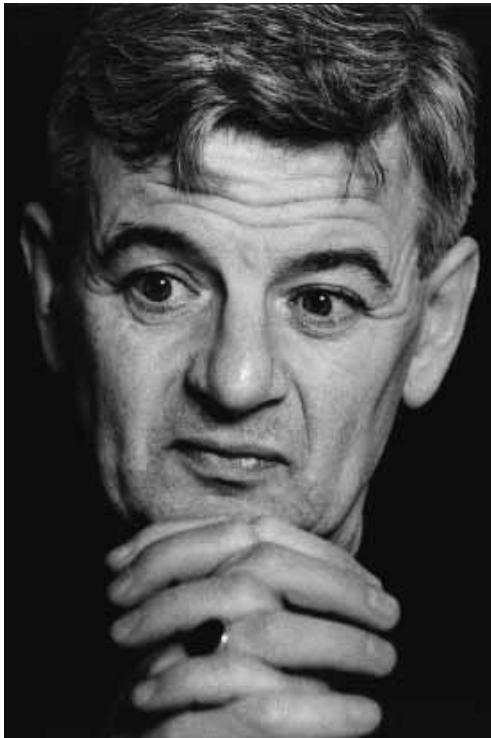
Auch der nordirische Friedensprozeß ist nicht zuletzt eine Erfolgsgeschichte der Integration Irlands in die EU.

SZ: Zur Gemeinsamkeit: Ihr Kollege Lafontaine versucht, Europa seine Geld- und Steuerpolitik aufzustülpen. Sie versuchen der NATO die deutschen Vorstellungen in der Frage der Atomstrategie aufzudrücken. Wollten Sie nicht doch Europa und die Allianz germanisieren?

Fischer: Lafontaine will doch nicht germanisieren. Er stellt eine Position zur Diskussion und darüber muß diskutiert werden. Ich wüchere mich, daß allein ein Verlangen nach Diskussion zu solchen Überzeichnungen führt.

SZ: Lafontaine möchte nicht bloß diskutieren, sondern am liebsten oktroyieren – zum Beispiel der Europäischen Zentralbank.

Fischer: Wenn die Deutschen Europa etwas aufgezungen haben, dann geschieht es unter der Devise „Der Euro spricht deutsch“. Will sagen: im Namen der Stabilität. Daher der Stabilitätspakt eins und der Stabilitätspakt zwei. Dann gab es das Malheur mit der Ernennung des Präsidenten der EZB, wo man dann noch einmal durchwühlte. Doch die Harmonisierung der Steuersätze und der Abbau von Steuerbarrieren sind tatsächlich et was, was wir anstreben sollten – in der Diskussion mit unseren Partnern. Nur: In all diesen Fragen sind Alleinänge überhaupt nicht möglich. Wir müssen Kompromisse finden. Das ist das harte Geschäft in Europa, übrigens auch in der Allianz. Es geht gar nichts allein.



AUSSENMINISTER JOSCHKA FISCHER

Photo: Schmeken

die Hände in den Schoß. Aber das ist dann ein Einzelfall.

SZ: In der Koalitionsaussage hat das UN-Gewaltmonopol ganz klare Priorität.

Fischer: Die UN sind ein hohes Gut, wir wollen diese Organisation stärken. Aber ich hatte doch schon das andere Problem betont – wenn man den Einzelfall zur Strategie der ständigen NATO-Selbstmandatierung erhebt. Deshalb setzt die Koalitionsaussage auch eine klare Priorität.

SZ: Also entscheiden wir ad hoc?

Fischer: Wir müssen Zwischenwege finden, aber trotzdem bei der Grundsatzentscheidung bleiben. Ja, wir wollen dieses UN-Gewaltmonopol als den Regelfall. Kommt es hier aber zu schwierigen

Jedesmal haben wir die Bündnisfrage ohne Wenn und Aber mit Ja beantwortet

Situationen, ist diese Diskussion nicht abgeschlossen.

SZ: Wenn eine klare Priorität für den Sicherheitsrat gilt, hebeln Sie die NATO aus.

Fischer: Eine törichte Alternative. Wir dürfen weder das eine noch das andere aushebeln, weil wir beide Instrumente brauchen. Es wäre unverantwortlich, das eine oder das andere auszuhebeln.

SZ: Zitieren wir den Außenminister Fischer: „Wir Deutschen halten den Auftrag des Sicherheitsrates für eine zentrale Voraussetzung.“

Fischer: Ja, und dazu gibt es einen breiten Konsens im Bundestag. Aber wenn der nicht gegeben ist, wenn eine humanitäre Katastrophe oder eine schwere Gefahr für den regionalen Frieden droht, wird man leider andere Instrumente benutzen müssen – wie im Kosovo.

SZ: Wie heißen Sie es dann mit der NATO?

Fischer: Für mich sind für die Sicherheit Deutschlands und Europas das atlantische Bündnis und die USA unverzichtbar. Auch ein vereinigtes Europa muß ein unbedingtes Interesse an der transatlantischen Rückversicherung haben. Das wird immer ein tragender Pfeiler der europäischen Sicherheit sein.

SZ: Appropos Europa. Was fasziniert Sie so am deutsch-französischen Verhältnis?

leon und den deutschen Hegemonialansprüchen bis hin zu ihrer Perversionierung durch Hitler. Bei den anderen Demokratien kam immer auch ein zivilisatorischer Anspruch zum Ausdruck. Man war nicht nur dem nationalen Interesse verpflichtet, sondern auch einem allgemeinen Freiheitsauftrag.

SZ: Was ist das Wesentliche an den deutsch-französischen Beziehungen?

Fischer: Die Integration zweier Gegensätze.

SZ: Was heißt ...

Fischer: ... zum Beispiel: Der Euro war eine französische Idee, und wurde dann stark von den Deutschen geprägt.

SZ: Sie haben von einem neuen Atlantischen in ihrer Umsetzung.

SZ: Wie paßt denn das Atlantische da rein?

Fischer: Wir alle zusammen, weil wir von einer gemeinsamen Wertevorstellung ausgehen. Das ist die Freiheit des Individuums. Und wir stellen fest, daß die Menschenrechte nicht nur ein moralischer Wert sind. Gerade unsere Banker und Industriellen merken, daß eine freie Marktwirtschaft nur dauerhaft funktionieren kann, wenn sie in eine umfassendere Kultur der Freiheit eingebettet ist. Das heißt: unabhängige Justiz, funktionierende Gewaltenteilung...

SZ: Also keine „asiatischen Werte“?

Fischer: Genau. Wir müssen begreifen: Wirtschaftliche Entwicklung mit privatem Kapital erfordert Vertrauen. Und das gibt es nur, wenn es nicht nur eine freie Marktwirtschaft, sondern eine Freiheitskultur gibt. Das wird zukünftig Aufgabe der Außenpolitik sein.

SZ: Sie haben von einem neuen Ausbalancieren von Geschäftsinteressen und Menschenrechten gesprochen. Klingt gut ...

Fischer: ... klingt nicht nur gut, sondern ...

SZ: ... was heißt das für die operative Außenpolitik? Dann dürfen Sie gewisse Staaten nicht mehr besuchen?

Fischer: Nein. Auch diese Regierung kann sich ihr Partner nicht aussuchen. Sie muß auch Leuten die Hände geben, wo hinterher die Kerseife nicht ausreicht, um sie sich zu waschen. Aber es muß immer klar sein, auf welcher Grundlage unsere Regierung handelt. Da hat es in der Vergangenheit Zweifel gegeben – als man meinte, es sei inopportun, Dissidenten offiziell zu empfangen, weil man negative Reaktionen fürchtete.